

Lohn und Ferien garantiert: Gemüseverpackerin Hafida Mounjid (28) kann endlich durchatmen

Glückliche Tomaten

Jetzt verpackt die Marokkanerin in Spanien nicht nur glückliche Bio-Tomaten für die Schweiz. Jetzt ist auch sie glücklich. Denn in ihrer Firma hat sich viel gebessert.

MATTHIAS PREISSER

Coop-Zentrum Jura in Bassecourt: Gemüseverpackerin Hafida Mounjid steuert auf die Tomaten zu und ruft: «Das sind sie! Das sind ja meine Tomaten!» Jene Tomaten, die die junge Marokkanerin in Andalusien in der Fabrik Bio Sol verpackt. Für die Schweiz. Für Coop. Mounjid ist richtig happy, denn sie kam nicht nur wegen der Tomaten in die Schweiz. Sie will von einer kleinen Sensation erzählen. Gemeinsam mit ihren Kolleginnen und der Gewerkschafterin Mbarka El Goual Mazouzi hat die Marokkanerin einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) erstritten. Es ist der erste im «Mar del Plástico», im Plasticmeer von El Ejido im spanischen Andalusien.



«DAS SIND MEINE TOMATEN!» Gemüseverpackerin Hafida Mounjid freut sich im Coop in Bassecourt JU. FOTO: ROLAND SCHMID

KEIN FREIER FLECK

Die Grösse dieses Plasticmeeres, des Gemüsegartens Europas, sprengt jegliche Vorstellung: Kein freier Flecken Land, nirgendwo reicht der Blick weiter als bis zum nächsten Plasticunnel. 360 Quadratkilometer sind rund um El Ejido in der Provinz Almería mit Folie überzogen, die weltweit grösste Fläche. Drei Millionen Tonnen Treibhausgemüse werden hier jedes Jahr produziert, verpackt und nach Europa und in den Rest der Welt verschickt, 80 Prozent der spanischen Gemüseexporte. Auch in die Schweiz: Bei Bio Sol macht der Schweizer Markt fünf Prozent aus.

Rücksicht auf die Umwelt und die Menschen hat bei solchen Rekorden wenig Platz. Auch die Abnehmerländer kümmern sich lange kaum um die Arbeitsbedingungen in Europas grösstem Wintergarten. Das änderte sich im Februar 2000. Einheimische Schlägertrupps zogen durch El Ejido, plünderten Geschäfte, Vereinslokale, Hütten und Wohnhäuser von Marokkanern. Und zündeten sie an. Die Polizei schaute nur zu. Zwei ganze Tage lang. Plötzlich interessierte sich die Öffentlichkeit für die Situation der Landarbeiter: Oft illegale Einwanderer, papierlos, Tagelöhner ohne Vertrag und Rechte, völlig der Willkür

der Plantagenbesitzer ausgeliefert, untergebracht in «Chabolas», aus Plasticabfällen zusammengebastelten Hütten ohne fliessend Wasser, ohne sanitäre Einrichtungen.

DRUCK AUS DER SCHWEIZ

Solifonds, die Solidaritätsorganisation der Schweizer Gewerkschaften, und das Netzwerk «Europäisches BürgerInnenforum» starteten eine Aufklärungskampagne. Und unterstützten die spanische Landarbeitergewerkschaft Sindicato de Obreros del Campo (SOC) beim Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen. Erst standen die Landarbeiter im Zentrum, dann auch die Arbeiterinnen in den Verarbeitungs- und Verpackungsbetrieben. Zehn Jahre später trägt diese Arbeit nun Früchte.

Vor zwei Jahren entliess Hafida Mounjids Biobetrieb Bio Sol langjährige Verpackungsarbeiterinnen. Auch sie Marokkanerinnen. Die Arbeiterinnen fochten die Kündigungen beim Arbeitsgericht an. Mit Hilfe der Unterstützung der Gewerkschaft SOC, die nicht nur Gewerkschaftsarbeit betreibt, sondern auch Bildungs- und Alphabetisierungskurse anbietet.

Die Klage der Frauen alarmierte das Zertifizierungsunternehmen Bio Suisse. Es intervenierte bei Bio Sol. Der Grossverteiler Coop sistierte bis zur Klärung der Vorwürfe seine Einkäufe bei Bio Sol. Schliesslich musste Bio Sol nachgeben. Und einen GAV unterzeichnen. Gewerkschafterin El Goual Mazouzi sagt: «Das ging nur dank der Hartnäckigkeit der Verpackungsarbeiterinnen und dem internationalen Druck.»

Kurz nach Abschluss des GAV habe Bio Sol noch einmal versucht, die Vorschriften zu umgehen, sagt Verpackerin Mounjid, «doch wir haben

«Es geht uns deutlich besser als vorher.»

HAFIDA MOUNJID, GEMÜSEVERPACKERIN

uns sofort dagegen gewehrt. Jetzt hält sich Bio Sol an den Vertrag. Es geht uns deutlich besser als vorher.» Konkret: Die Arbeitszeit von acht Stunden an fünf Wochentagen wird nicht überschritten, der Mindestlohn von 6,2 Euro pro Stunde, 50 Euro pro Tag, bekommen die Arbeiterinnen auch. Bio Sol hält die Ferienregelung ein und

zahlt für allfällige Überstunden Zuschläge. Im Juni gibt es einen 13., im Dezember einen 14. Monatslohn.

«WIR SCHWEIGEN NICHT MEHR»

Die rund 10 000 Euro pro Jahr, die Packerin Mounjid erhält, reichen dennoch kaum zum Leben. Ihre ganze Familie arbeitet im Plasticmeer: die Mutter, die Schwester und seit neuestem auch wieder der Vater. Bis zum Platzen der spanischen Immobilienblase hatte er auf dem Bau gearbeitet. Als er den Job verlor, ging er wie viele in Almería zurück in die Landwirtschaft. Hier gibt es noch Arbeit. Doch das Überangebot an Arbeitskräften drückt auf Löhne und Arbeitsbedingungen.

Trotz GAV ist auch bei Bio Sol die Lage prekär: Nur 7 der 80 Verpackungsarbeiterinnen haben einen festen Vertrag, 13 arbeiten mit Saisonverträgen, sofern Arbeit vorhanden ist. Und sofern die Firma will. Mounjid sagt: «Du weisst nie, was passiert, wenn du morgen wieder in den Betrieb kommst.» Deshalb müssten die Frauen weiterkämpfen. Denn eines habe sich definitiv geändert: «Wir schweigen nicht mehr wie früher.»

Taten statt Worte

BERN. Der Bundesrat will eine Einigung mit den Gewerkschaften beim Kündigungsschutz für gewerkschaftliche Vertrauensleute. Dies hat Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann am Rand des Treffens mit dem Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Guy Ryder, betont. Der Gewerkschaftsbund SGB fordert, diesem Versprechen müssten endlich Taten folgen.

Gewerkschaft: Nein zu Olympia

CHUR. Am 3. März stimmt der Kanton Graubünden über den 300-Millionen-Franken-Kredit für Olympische Winterspiele in St. Moritz 2022 ab. Die Bündner Gewerkschaften haben sich mit dem Projekt intensiv beschäftigt. Ihre Bilanz: Arbeitnehmer haben mit Olympia nichts zu gewinnen. Olympische Spiele hätten weder einen nachhaltigen Effekt auf die Beschäftigung noch längerfristige positive Auswirkungen auf die Bündner Volkswirtschaft. Das heisst es in einem Positionspapier des Gewerkschaftsbundes Graubünden (GGR). Entsprechend hat dieser einstimmig die Nein-Parole zum Olympiakredit beschlossen.

GAV für alle Tankstellenshops

FREIBURG. Ab dem 1. März gilt in Freiburg als erstem Kanton ein allgemeinverbindlicher Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für Tankstellenshops. Die Regierung hat einem entsprechenden Gesuch der Gewerkschaften Unia und Syna entsprochen. Bisher waren nur jene rund drei Viertel der Tankstellenshops dem Vertrag unterstellt, die Mitglieder im Arbeitgeberverband sind. Nun gilt der GAV zwingend für alle Shops. Damit wollen die Gewerkschaften eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit der Zunahme derartiger Läden verhindern.

BS: Denkmal für die Messebauer

BASEL. Der Neubau der Basler Messe ist Anfang Februar termingerecht der Bauherrschaft übergeben worden. Die Unia feierte die Fertigstellung zusammen mit den Arbeitern. Und sie hat dem Liftbauer Schindler als «enttäuschendstem Unternehmen» einen Kaktus übergeben. Schindler hatte gestandene polnische Berufsleute als Praktikanten zu Tiefstlöhnen beschäftigt. Als Denkmal für die Arbeiter enthüllte die Unia die Skulptur «Toni», eine Leihgabe des Solothurner Bildhauers Schang Hutter. Die Messe sollte die Skulptur erwerben und aufstellen. Diese zeigt sich jedoch nicht interessiert und hat abgelehnt.



In der Region produzierte, «grüne» Lebensmittel sind im Trend

Zukunft der Landwirtschaft ist kleinbäuerlich

Weniger Agrarindustrie und mehr nachhaltige Landwirtschaft verlangt auch eine politische Plattform in der Schweiz.

MATTHIAS PREISSER

Die Zukunft der Landwirtschaft liegt in bäuerlichen Kleinbetrieben. Zu diesem Schluss kommt der Weltagrарbericht, der von der Uno in Auftrag gegeben wurde. Denn die industrielle Landwirtschaft zerstört Ressourcen und vergiftet unsere Lebensgrundlagen. Wichtigste

Garanten einer nachhaltigen Lebensmittelversorgung sind laut dem Weltagrарbericht kleinbäuerliche Strukturen. Schon heute ernähren Mini-Bauernhöfe in Asien und Afrika mit durchschnittlich gerade einmal 1,6 Hektaren 85 Prozent der Menschheit.

SOZIAL. Auch in der Schweiz sind regionale, bäuerlich erzeugte Landwirtschaftsprodukte wieder im Trend. Der Gesundheit und der Umwelt zuliebe. Dabei sollen auch die Menschen, die sie

produzieren, nicht vergessen gehen. Dafür sorgt die Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft, eine Initiative von Unia, Uniterre,

Kleine Bauernhöfe ernähren 85 Prozent der Menschen.

Bio Suisse, kleinbäuerlichen Gewerkschaften und Vereinigungen sowie Organisationen aus dem Umfeld von Longo Maï, einem Netzwerk

von europäischen Landwirtschafts- und Handwerkskooperativen.

ÖKOLOGISCH. Die Plattform fördert den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft und fordert gerechte Produzentenpreise. Sie unterstützt das Konzept der Ernährungssouveränität: das Recht eines Landes, seine Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu definieren. Sie verlangt Herkunftsnachweise für Landwirtschaftsprodukte mit Hinweisen auf

die ökologischen und sozialen Produktionsbedingungen. Und sie engagiert sich auch für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft. Hier in der Schweiz fordert die Plattform die Unterstellung der Landwirtschaft unter das Arbeitsgesetz und einen Normalarbeitsvertrag für Landarbeiterinnen und arbeiter.

Mehr wissen: www.agrisodu.ch, www.weltagrарbericht.de, www.forumcivique.org, www.uniterre.ch, <http://viacampesina.org>.